

Medienkonferenz vom 11. Mai 2011

Die Zukunft der Energieversorgung aus Sicht der für die Versorgung verantwortlichen Energiewirtschaft

Referat Dr. Rudolf Steiner, Präsident des Energieforums Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort

Ich begrüsse Sie zur Medienkonferenz des Energieforums Schweiz, genau zwei Monate nach den schrecklichen Naturereignissen Erdbeben und Tsunami. Sie haben nicht nur Japan erschüttert, sondern wegen ihrer teilweise ausser Kontrolle geratenen Schäden in Fukushima die ganze Welt. Ganz besonders die Industrieländer, ihre Gesellschaft und all diejenigen, die sich mit Energie- und Klimapolitik beschäftigen.

Die Schweiz wurde von Fukushima getroffen mitten im Rahmenbewilligungsverfahren für drei neue Kernkraftwerke. Unser Land war deshalb besonders sensibilisiert für die schwierigen Fragen von Risiko und Verantwortbarkeit der Nuklearenergie. Politik und Gesellschaft in der Schweiz haben – manchmal erstaunlich rasch – Stellung bezogen. Auch heute, zwei Monate nach dem Eintritt der Katastrophe, ist noch Vieles unklar. Wir danken all denen, die zu Besonnenheit geraten und Druck aus dem Entscheidprozess genommen haben, insbesondere auch den verantwortlichen Bundesbehörden und der Energiedirektorenkonferenz.

Wir stehen vor einer wichtigen Klausur des Bundesrates und vor der Sondersession des Nationalrates. Der Vorstand des Energieforums Schweiz setzt sich zusammen aus dem Präsidenten des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), dem Präsidenten des Verbands der Schweizerischen Gasindustrie (VSG), dem Präsidenten der Erdöl-Vereinigung (EV) sowie meiner Person. Aufgabe des Energieforums ist es, die Sicht der Energiewirtschaft bekanntzumachen und sie in die politische Diskussion einzubringen.

Auch wenn die drei Energieträger am Markt Konkurrenten sind, sind sie in Fragen der Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik weitgehend einig. Wir haben zur heutigen Medienkonferenz eingeladen, weil Politik und Gesellschaft die Sicht derjenigen Verbände kennen sollten, die für die Energieversorgung unseres Landes Verantwortung tragen.

Es ist nun ein halbes Jahr her, seit das Energieforum Schweiz seine Internetseite völlig neu gestaltet hat. Das erste Thema, das in seinen Dossiers erscheint, heisst „Transition des Energiesystems“. Ich erwähne dies gewissermassen als Tatbeweis, dass es für die Energiewirtschaft selbstverständlich ist, dass sich das System von

Energieversorgung und Energieverbrauch im Wandel befindet (und schon bisher auch immer im Wandel war). Allerdings ist es so, dass sich technologische Neuerungen langsam anbahnen und dank technischer Verbesserungen erst nach längerer Zeit den eigentlichen Durchbruch schaffen. Diese neuen technologischen Umwälzungen sind derzeit erst in Ansätzen erkennbar; der durchschlagende Erfolg wird erst später kommen. Doch Fukushima zwingt uns zu prüfen, ob wir trotzdem dem heutigen System (rund 60 Prozent Stromproduktion aus Wasser, rund 40 Prozent Stromproduktion aus Kernbrennstoffen) ein vorzeitiges Ende setzen sollen und – besonders wichtig – ein vorzeitiges Ende setzen können.

Dass der Wandel zu einem Energiesystem mit mehr erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz eingeläutet ist und von der Energiewirtschaft auch unterstützt wird, braucht nicht betont zu werden, sondern kann als Tatsache vorausgesetzt werden. Aber: Die Transition braucht Jahrzehnte. Im Februar hat die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) ein bemerkenswertes Heft mit dem Titel: „Erneuerbare Energien – Herausforderungen auf dem Weg zur Vollversorgung“ publiziert. Ich zitiere aus den nuancierten Überlegungen hier nur einen Satz aus der Zusammenfassung: „Der bevorstehende Umbau der Energieversorgung kann aus heutiger Sicht frühestens gegen Ende dieses Jahrhunderts vollendet werden.“

Vor Fukushima ist nicht nach Fukushima. Ein wichtiger und tragischer Weckruf zur Sicherheit unserer energiehungrigen Gesellschaft ist durch die Welt gegangen. Was die technischen Grundvoraussetzungen und die volkswirtschaftlichen Konsequenzen angeht, ist aber vor Fukushima auch nach Fukushima. Diese beiden Wahrheiten gilt es in der kommenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung stets vor Augen zu halten.

Und im Bewusstsein um diese beiden Wahrheiten gilt es in den kommenden Monaten letztendlich zwischen drei möglichen Übeln zu wählen:

1. Dem Übel, mit dem Restrisiko der Nuklearenergie zu leben, wobei wir von einer verstärkten und verschärften internationalen Kontrolle ausgehen.
2. Dem Übel, von unserer bisherigen weitgehend CO₂-freien Stromproduktion abzurücken und uns damit abhängiger vom Ausland zu machen.
3. Dem Übel, durch eine radikale Kehrtwende und Beschleunigung der sogenannten Energiewende einen volkswirtschaftlichen Kraftakt vollbringen zu müssen und unsere Stellung im globalen Wettbewerb zu beeinträchtigen.